

vierteljährlich im Stadt, Orts- und Nachbarortsbereich M. 2.10, außerhalb M. 2.30 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 Pf. Erscheinung zweimal wöchentlich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Gegründet 1877.



Die 10spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pfennig. Die 8spaltige Zeile oder deren Raum 10 Pfennig. Bei Wiederholungen ansonstiger Klassen entsprechend der Rabatt. Bei geschäftlicher Einwirkung und Konjunkturen ist der Rabatt bündig.

Verantwortlicher: 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-A.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw

Deutsche Nationalversammlung.

Weimar, 18. Febr.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2 30 Uhr. Professelegramme gegen die im neuen Waffenstillstandsabkommen festgesetzte Demarkationslinie sind eingegangen aus Bromberg, Birnbaum und Benschen. Ein Telegramm eines Berliner Herrn wendet sich mit harten Worten gegen den 'Verhandlungsprozeß' und fordert die Einführung von Landesstrafen und das Verbot öffentlicher Tanzveranstaltungen.

Hg. Dr. Böglert (D.V.P.) begründet die Interpellation Dringlich über den Waffenstillstand. Mit grauemäher Sicherheit weiß der Feind uns zu quälen und Mittel zu finden, die uns dem Ruin entgegenführen. Große Kreise der Industrie und des Handels, der Schiffahrt und des Gewerbes haben längst gewußt, daß die Wilsonschen Bedingungen nur gestellt worden sind, um uns zuerst zum Waffenstillstand zu bringen und uns dann zu vergewaltigen.

Hg. Dr. Böglert (D.V.P.) fortfahrend: Erzbischof hat die Verhandlungen über die Abfertigung des Eisenbahnmateriale und der landwirtschaftlichen Maschinen geführt, ohne daß bei den Verhandlungen in Spaa, Trier und Luxemburg Sachverständige gehört wurden. Unsere Eisenindustrie, die doch in erster Linie dabei interessiert ist, wurde nicht zugezogen. Von Anfang an hat der Verein Deutscher Stahlindustrieller immer und immer wieder dringend um Zulassung von Sachverständigen gebeten. Woher nimmt Herr Erzbischof das Recht, über so wichtige Fragen unseres Volkes zu entscheiden? Unsere Unterhändler haben, wie die Hamburger Needer sich ausdrücken, in leichtfertiger Weise die Feinde geradezu eingeladen, uns in den Hauptpunkten Sachverständigen zu machen. Wer gab Herrn Erzbischof das Recht, trotz des lautharsten Protestes von Sachverständigen, das Schiffahrtsabkommen zu unterschreiben? Die neuen Abmachungen sind das Schlüsselglied in der Kette, die der Reichsminister in den monatlichen Verhandlungen um das deutsche Volk gelegt hat, der Kette, die das deutsche Volk erzwungen wird. Wir haben nicht nur den Krieg verloren, sondern auch den Frieden. Gegen Sie, Herr Reichsminister Erzbischof, erheben wir schwere Vorwürfe... (die nächsten Ausführungen des Redners geben unter in wärmender Rundgebungen des Zentrums). Wenn wir nicht zu einem Kirchhofsfrieden kommen sollten, dann müssen wir den weiteren Verhandlungen die besten Köpfe als Sachverständige heranzuziehen werden.

Minister Erzbischof: Die Rede des Interpellanten hätte sich an Marschall Foch richten müssen. Angesichts der Tatsache, daß gerade die Gruppe der heutigen Interpellanten mit ihrer Politik den Niedergang unseres Vaterlands herbeiführt hat, ist es mir nicht ein starkes Stück, wenn ein Vertreter der Gruppe Stinnes es wagt, in der Nationalversammlung von der Schuld eines Ministers zu sprechen, der für den Frieden der Bevölkerung eingetreten ist. Der Vortrager sagt, ich hätte niemals Sachverständige gehört. Meine ganze amtliche Tätigkeit war, daß ich Tag für Tag Sachverständige gehört habe. Eine Denkschrift über die bisherigen Verhandlungen der Waffenstillstandskommission ist nahezu fertig und wird dem Hause zugehen. Die Verantwortung für die bisherigen getroffenen Abmachungen trägt die Reichsleitung. Für alle Verträge aber trage ich die Verantwortung vor der Nationalversammlung. Ueber das Schiffahrtsabkommen haben eingehende Besprechungen mit Sachverständigen stattgefunden. Eine Unterstellung der Waffenstillstandskommission unter das Auswärtige Amt wird nicht beabsichtigt. Jeder Minister ist der Nationalversammlung verantwortlich, und daher kann kein Minister einem anderen verantwortlich sein. Erzbischof erklärt es für eine Dichtung, daß die Resolution eine Verschärfung der Bedingungen zur Folge hätte. Erst am Sonntag, den 10. November, abends 8 Uhr, errietete uns der Funkpruch der Obersten Heresleitung, der in neun Punkten um Wiltierungen ersuchte, aber den ausdrücklich, bisher noch nicht veröffentlichten Satz enthielt: 'Oelrig die Durchführung dieser Punkte nicht, so wäre trotzdem abzuschließen.' Die Wiltierung der wirtschaftlichen Maschinen läßt sich so durchführen, daß keine deutschen Bauern eine Maschine weggenommen zu werden braucht. Zu den Verhandlungen nach Spaa war Herr Stinnes einladend worden. Ich habe keine Abberatung durchgeführt, weil ich unseren Feinden als Sachverständigen nicht gegen Herrn anbieten konnte, der an der Ausbeutung Belgiens so hervorragend beteiligt gewesen ist und der vor allen Dingen die haupttreibende Kraft gewesen ist bei der Verschleppung der belgischen Arbeitslosen, die so ungeheuer viel böses Blut gemacht hat. Der Verein deutscher Stahlindustrieller hat daraufhin erklärt, wenn Hugo Stinnes nicht in Luxemburg als Sachverständiger zugezogen werde, entfände der Verein überhaupt keinen Sachverständigen. Unter solchen Terrorismus suchen Sie die Regierung zu legen; aber ich kann Ihnen sagen: Ihre Herrschaft ist vorbei! (Stürmischer Beifall.) Um unser Volk über die erte Zeit bis zur neuen Ernte hinwegzuführen, müssen einmal unsere Arbeiter das Ihre tun, um Waren für die Ausfuhr zu schaffen; und dann müssen die Kapitalisten ihre fremden Werte dem Deutschen Reich zur Verfügung stellen und zwar in einem Umfang, daß wir vor dem Hungertode vor der Ernte gerettet sind. Nur eine kurze Frist ist uns noch gestellt, die Finanzierung der Lebensmittel sicherzustellen. Wenn der Appell der Regierung keine Wirkung hat, so muß sich die Regierung vorbehalten, Zwangsmaßnahmen zu ergreifen. Jeder Deutsche muß sich klar darüber sein, daß er kein Privatkapital nur retten kann, wenn er es in den Dienst der Gesamtheit stellt. Wir haben gegenüber dem Drängen der Minister erreicht, daß die Handelsflotte nicht eher auszuweisen braucht, als die Abberatung über die Ernährung- und Finanzfrage herbeigeführt worden ist. Wenn diese Abberatung aber nicht bald, vielleicht in 14 Tagen erfolgt, dann laufen wir die große Gefahr, keine Lebensmittel zu erhalten und die Flotte schließlich doch los zu werden. Der Hg. Böglert hat in seiner Rede vergessen, daß wir den Krieg verloren haben. Vom deutschen Volke hängt es ab, ob es wieder aufwärts gehen soll.

Hg. Müller-Breslau (Soz.): Sowohl die Interpellation die vermehrte Hinzuziehung von Sachverständigen fordert, unterstützen wir Sie. Das Reichsministerium muß bei seiner Auswahl äußerst vorsichtig vorgehen. Wir haben die schwersten Waffenstillstandsbedingungen auf uns genommen, weil wir eben dem Befehl des Siegers unterliegen. Wir müssen in unseren Worten und Taten der Welt zeigen, daß man es wirklich mit einem neuen Deutschland zu tun hat. Wenn uns der versprochene Reichsfrieden nicht gewährt und wenn uns ein Gewaltfrieden aufgezwungen wird, so handelt es sich dabei nicht um Deutschland allein; es handelt sich um den Untergang der ganzen europäischen Kultur.

Hg. Gröber (Z.): Von den Behauptungen des Interpellanten ist so gut wie nichts übrig geblieben. Wir freuen uns, in unserer Mitte ein Mitglied wie Herrn Erzbischof zu haben, der mit so außerordentlicher Begabung und so fleißigem Fleiß für das Vaterland geleistet hat, was kein anderer zu leisten imstande gewesen wäre. Das Vaterland ruft uns aber in dieser Not zu Einheit. Wir vom Zentrum sind bereit, diese Einheit zu wahren und deshalb weisen wir den Angriff auf Erzbischof als durchaus ungerechtfertigt mit aller Entschiedenheit zurück.

Hg. Hausmann (Dem.): Wir verstehen es, daß der Außenminister dreimal sich besonnen hat, ehe er die neuen Zusammenfassungen hinbrachte. Aber die Verantwortung für die Abberatung wäre noch größer gewesen. Der Interpellant hat ja auch nicht das Abkommen angegriffen, sondern vielmehr den Unterhändler, der es abgeschlossen hat. Das heißt unseren Unterhändlern in den Rücken fallen, wo alles darauf ankommen muß, ihre Stellung zu stärken. Der Angriff ist völlig zusammengebrochen. Unser Volk will keinen Streit im Innern. Unser mehrfaches und leidendes Volk fragt uns vielmehr, weshalb es weiter hungern und frieren muß, nachdem es die Waffen niedergelegt hat. Wir haben ein Recht und einen Anspruch auf Frieden. Wir sollen darauf stolz sein, Deutsche zu sein, und dieser Stolz muß uns durch alle Leiden führen, uns emporführen.

Hg. Dr. v. Gröbe (D.N.): Graf v. Poladomsky hat treffend nachgewiesen, daß die Bezeichnung Waffenstillstand geradezu ein Hohn ist für den Zustand der tatsächlichen Unterwerfung, die damit benannt wird. Bedauerlich ist es, daß der Vertreter der Regierung gestern die Waffenstillstandsbedingungen mit einem Ton vortrug in dem nichts zu merken war von dem Jorn, der das ganze deutsche Volk durchbebt. Wir lehnen jedenfalls die Verantwortung für das neue Abkommen ab. Minister Scheidemann hat doch gesagt, daß der Tag kommen könnte, wo wir Nein sagen müßten. Worauf wartet man noch?

Ministerpräsident Scheidemann: Daß ich gesagt haben soll, es würde der Augenblick kommen, wo wir Nein sagen könnten, kann sein. Aber die Verantwortung für ein Nein kommt mir diesmal nicht übernehme. (Lebh. Zustimmung.) Ich erlaube mir die Pflicht der Konsultation, wenn ich feststelle, daß Sie der Politik des Prinzen Max von Baden unrecht tun, wenn Sie ihn nur in geringem Maß sich in Anspruch nehmen wollen. Er gehörte schon vor dem Krieg zu der kleinen Gruppe von Diplomaten, die für einen Verhandlungsfrieden waren. Glauben Sie, Sie hätten besondere Bedingungen herausgeholt? Die Demokratie ist jetzt so sehr verankert, daß Ihre Zeit endgültig vorüber ist. (Beifall links.)

Reichsminister Erzbischof (zur Rechten gewandt): Sie haben hier kein Recht, Anklagen zu erheben, denn Sie sind die Schuldigen, die das deutsche Volk ins Unglück hineingeführt haben. Die Härte der Bedingungen verurteile ich ebenso stark wie Sie, aber ich behaupte: Ueber die 14 Wilsonpunkte ist damit nicht hinausgegangen worden. Wenn mir nicht unterzeichnet hätten, dann hätte Clemenceau triumphiert, denn damit wäre die ihm lästige Lausache der 14 Punkte Wilsons mit einem Schlag beseitigt worden und zwar durch unsere Schuld. (Lebh. Beifall.)

Hg. Haase (U.E.): Wir wollen nicht der alten Abenteuerpolitik eine neue Abenteuerpolitik hinzufügen.

Hg. Dr. Stresemann (D.N.): Der Kern der Interpellation ist nicht 'Weg mit Erzbischof', sondern Unterstellung des Vorkommens der Waffenstillstandskommission unter das Auswärtige Amt.

Reichsminister Dr. David: Das Schlimme an der heutigen Interpellation ist, daß sie von Männern ausgeht, die die Schuld an unserem ganzen Jammer trifft. Wenn draußen der Eindruck erweckt würde, daß Sie (zur Rechten) noch einen maßgebenden Einfluß haben, so könnte uns das in der Weltanschauung außerordentlich schaden.

Schluß der Sitzung 1/8 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch Nachmittag 3 Uhr.

Berlin, 19. Febr. Die gestrige Sitzung der Nationalversammlung war, wie die 'Voss. Ztg.' schreibt, der erste Sturmtag, den sie erlebt hat. Die 'D. Allgem. Ztg.' sagt: Die Attacke der Schwerindustrie, wie Gröber jagte, endigte mit einem vollen Mißzug. Wochten es sich auch die Unabhängigen nicht verlagen, den ehemaligen Genossen in der Regierung etwas am Zeug zu flicken, letzten Endes mußte auch dies dazu dienen, den Woch zu stützen, der aus der Sitzung zweifellos den Gewinn erheblicher Festigung nach innen und außen zu verzeichnen hat. Dem Reichsminister Erzbischof bereitete das Haus am Schluß seiner Ausführungen, die auch von der 'Voss.' als sehr geschickt bezeichnet werden, eine lebhafte Huldigung.

Weimar, 19. Febr. In Weimar ist Graf Bernstorff eingetroffen. Nach der 'Voss. Ztg.' soll er der Reichsleitung in Fragen des Waffenstillstandes und des

vorkünftigen Friedens, insbesondere soweit sie die Vereinigten Staaten betreffen, als Berater dienen.

Zum Anschluß Österreichs.

Berlin, 19. Febr. Der Nationalversammlung dürfte in den nächsten Tagen der Antrag zugehen, daß sich die Reichsregierung sofort mit der Regierung Deutsch-Oesterreichs zwecks Herbeiführung des Anschlusses in Verbindung setzen soll.

Wien, 19. Febr. Staatssekretär Bauer wird sich demnächst nach Berlin begeben, um über die staatsrechtlichen und politischen Fragen bezüglich des Anschlusses Deutsch-Oesterreichs an das Deutsche Reich zu verhandeln.

Aufhebung der Fideikommiss.

Wir werden um Aufnahme folgender Ausführungen gebeten:

In den Wahlprogrammen der meisten Parteien ist die Aufhebung der Fideikommiss als ein Hauptpunkt aufgenommen worden. Es wird also für die meisten Wähler von Interesse sein, näheres über die Fideikommiss zu erfahren. Fideikommiss ist ein Vermögensbegriff, insbesondere Grundbesitz, der durch Beschränkung der Veräußerungs- und Belastungsmöglichkeit der Bestimmung zugeführt wird, wirtschaftlich sichere Existenzbedingungen für den Ruhmiger des Besitzes zu schaffen u. auch in schlechten Zeiten zu erhalten.

Die Erbfolge wird durch den Stifter des Fideikommisses geregelt, es ist nicht nötig, daß immer nur eine Person in Frage kommt, es können vielmehr auch mehrere Personen Teilhaber eines Fideikommisses sein, wie dies besonders in Württemberg sehr häufig der Fall ist und zur Folge hat, daß der Einzelne oft nur ein ganz geringes Einkommen aus solch einem Besitz bezieht.

Da der Grundbesitz als solcher beim Fideikommiss nicht oder doch nur nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten veräußert werden kann, ist dieses Institut besonders den berufsmäßigen Güterhändlern, den Güterhändlern, ein Dorn im Auge.

Nachdem fast alle Parteien mit der Aufhebung der Fideikommiss sich befassen haben, müßte man annehmen, daß die Fideikommiss in Württemberg eine große Rolle spielen. Tatsächlich ist nur 5,0% der Gesamtfläche Württembergs fideikommissarisch gebunden, von der landwirtschaftlichen genutzten Fläche Württembergs sogar nur 2,51%, das ist 31 184 ha. Aber diese Acker werden in den wenigsten Fällen von den Fideikommissbesitzern in eigener Regie umgearbeitet, sondern sie sind bei der überwiegenden Mehrzahl der Fideikommiss schon seit langer Zeit in einzelnen Parzellen verpachtet, vielfach in mehreren Generationen an dieselben Familien, die neben diesen Pachtungen noch eigenen Besitz haben. Die Pachtzinsen, die meist in langfristigen Pachtperioden erhoben werden, sind verhältnismäßig niedrig. Dabei wird nicht die jeweilige Konjunktur ausgenutzt, um die Preise möglichst zu steigern, sondern die Pächter meist ohne Versteigerung an die bisherigen Pächter weiter verpachtet. Zu dem kommt, daß Grund- u. Kommunalsteuern dieser Pachtfläche vom Fideikommissbesitzer getragen werden.

Die Fideikommiss sind Privateigentum, wie jeder andere rechtmäßig erworbene Besitz, der auch nach Aufhebung der Fideikommiss als solcher, nur auf gesetzlichem Wege, durch rechtmäßigen Kauf oder Verkauf seinen Besitzer wechseln kann. Sollten nun die Gemeinden den Fideikommissbesitz erwerben wollen, so dürfte eine nicht geringe Anzahl derselben dazu gar nicht in der Lage sein, denn sie werden es sich selbst zu überlegen haben, ob sie neue Lasten auf sich nehmen wollen und können, Lasten deren Verzinsung die nur wieder auf die Schultern der Gemeindeglieder abgewälzt werden können und zwingender Weise wieder zur Erhöhung der Pachtzinsen führen müßten. Dabei ist zu bedenken, daß die Fideikommissbesitzer, denen der Grundbesitz genommen worden ist, sicher nicht auf dem Lande wohnen bleiben können und wollen. Dadurch geht aber wiederum den Gemeinden eine ihrer besten Steuerkräfte verloren. Eine unausbleibliche Folge dieser Zertrümmerung aber müßte sein, daß viele Parzellen in den Handel kämen, der sich ihrer bemächtigen wird, nur um sie bei den bisherigen Pächtern, an zu ganz erheblich höheren Preisen, wieder zu übergeben, um diese früheren Pächter nach und nach, aber sicher, in eine möglichst große materielle Abhängigkeit zu bringen.

Damit soll durchaus nicht gesagt sein, daß eine teilweise Abgabe von Ländereien zu Siedlungszwecken bei zu

sammenhängendem Grundbesitz wie wir das in Norddeutschland haben, nicht von volkswirtschaftlichem Nutzen wäre. Dieser Gedanke ist schon teilweise in Ausführung begriffen und wird auch zweifellos weiter ausgebaut werden.

Wenn wir in der nächsten Zukunft schweren wirtschaftlichen Nöten entgegengehen, so wird demnach eine Aufhebung der Fideikommission für die ländlichen Gemeinden nur eine noch mehr erhöhte Schulden- und Steuerlast bringen, dagegen wäre es zweckmäßig die Veräußerung solcher Fideikommissionen, die der Allgemeinheit mehr nützen können, durch Gesetz zu erleichtern.

Neues vom Tage.

Berlin, 19. Febr. Wie wir hören, ist an Stelle des Kapitän von Savello der Korvettenkapitän Dingmann vom Reichsmarineamt zur Waffenstillstandskommission Erzbergers kommandiert worden. (Wetter war die Nachricht als unrichtig bezeichnet worden.)

Berlin, 19. Febr. Auf den Widerspruch des schleswig-holsteinischen Städtetags gegen die Abtrennung von Nord-Schleswig antwortete Graf Brockdorff, es sei Sache der Nordschleswiger, bei der kommenden Volksabstimmung ihre Bestimmung durch den Stimmzettel zum Ausdruck zu bringen.

Aus der Waffenstillstandskommission.

Paris, 18. Febr. Neuer meldet: Es ist so gut wie sicher, daß die endgültigen Friedensbedingungen betreffs der deutschen Flotte folgende Punkte umfassen werden: Zerstörung aller Forts auf Helgoland und der Befestigungsanlagen am Kieler Kanal, sowie Öffnung des Kanals für den gewöhnlichen Verkehr. Man wird Deutschland nur eine Flotte belassen, die für Verteidigungszwecke genügt.

Anschlag auf Clemenceau.

Paris, 19. Febr. Heute morgen 8.45 Uhr, als sich Clemenceau von seiner Wohnung ins Kriegsministerium begab, feuerte ein Individuum fünf Revolverkugeln auf ihn ab, welche das Verdeck des Kraftwagens durchschlugen. Eine Kugel traf Clemenceau nicht an der Schulter (nach einer anderen Meldung am Kopf, D. Schr.). Der Ministerpräsident kehrte zu Fuß in seine Wohnung zurück, wo sich gegenwärtig ein Arzt um ihn bemüht. Der Attentäter wurde verhaftet.

Von der Friedenskonferenz.

Paris, 19. Febr. (Havas.) Die Kosten für den Unterhalt der alliierten Armeen in den besetzten Gebieten werden bereits aufgestellt.

Paris, 19. Febr. Die Vertreter Italiens nahmen die dalmatinische Küste für Italien in Anspruch, da die Bevölkerung italienischer Abstammung sei. Außerdem sei der Küstenstreich Italien durch den Londoner Vertrag von 1918 zugesichert. Die Jugoslawen erheben Widerspruch; nur ein kleiner Teil der Bevölkerung hänge mit Italien zusammen.

Paris, 19. Febr. Die Albanier verlangen von der Friedenskonferenz die Rückgabe der im Jahre 1913 von Montenegro, Serbien und Griechenland einverleibten albanischen Gebiete.

Kapstadt, 17. Febr. Den nationalistischen Abgeordneten, die infolge der Weigerung der Bemannung des Handelschiffes „Durham Castle“ nicht abfahren konnten, ist angeboten worden, ihre Reise auf einem Kriegsschiff zu machen.

London, 18. Febr. Das Handelsamt genehmigt die beschränkte Wiederaufnahme des Handels mit der Türkei, Bulgarien und Süd-Rußland. 7 Schiffsahrtsgesellschaften richteten sofort einen Dienst mit dem Schwarzen Meer ein.

Konstantinopel, 19. Febr. Ruhi Pascha, der Bruder von Enver Pascha, ist verhaftet worden.

Das badische Elßah.

Freiburg, 19. Febr. Beim Einzug der Franzosen in Lehl war das Gebäude des Gaswerksdirektors, eines Elßahers, mit der französischen Tricolore geschmückt worden, was unter der ganzen Bürgerschaft großes Vergerren erregt hatte. Vor einigen Tagen wurden nun zu nächstlicher Stunde einige Fenster des Gebäudes eingeworfen. Zur Strafe für dieses „Verbrechen“ ist der Stadt Lehl die Zahlung einer Geldbuße von 5000 Mark innerhalb 24 Stunden auferlegt worden. — Die Franzosen, so wird berichtet, fühlen sich schon ganz als Herren im Lande. Die Soldaten sprechen ganz offen davon, daß das ganze Lehler Gebiet nicht mehr an Deutschland zurückgegeben werde, und die Straßburger Blätter haben bereits die Kühnheit, Nachrichten aus dem Gebiet des Lehler Bräntekopfes mit „Nachrichten aus dem badischen Elßah“ zu überschreiben.

Kundgebung gegen das Waffenstillstandsabkommen.

Berlin, 19. Febr. Anlässlich der veröffentlichten Forderungen unserer Feinde bei der Erneuerung des Waffenstillstandes sind bei der Reichsregierung in Berlin und Weimar zahlreiche telegraphische Kundgebungen aus allen Teilen des Reichs zugegangen, die gegen die neuerliche Vergewaltigung Einspruch erheben und die Regierung auffordern, die demütigenden Forderungen des Marschalls hoch abzulehnen.

München, 19. Febr. Die bayerische Entlohnungskommission hat nach einer Besprechung mit den Vertretern der Industriearbeiter, der Landwirtschaft, des Handels und Gewerbes an die Waffenstillstandskommission und an die Reichsregierung folgende Erklärung gesandt: Bayern ist durch Waffenstillstandsbedingungen an den Rand des Abgrunds gebracht und sieht vor dem Zusammenbruch. Die Nahrungsmittelbetriebe können nur noch notdürftig aufrecht erhalten werden. Die bayerische Industrie steht fast vollständig still, und die Gaswerke sind ohne Kohlen. Angesichts dieser Tatsachen wird gebeten, ob Bayern die noch abzufertigenden Lokomotiven und Wagen zur Heranführung von Kohlen verwenden dürfe und ob die übrigen wirtschaftlichen Waffenstillstandsbedingungen nicht irgendwie gemildert werden können.

Die Spartakisten.

Duisburg, 19. Febr. Der allgemeine Kustand hat sich rasch ausgedehnt; im Ruhrgebiet liegen 63 Gruben still. Angeblich ist beabsichtigt, den Generalstreik vom Rheinland bis ins Herz Deutschlands zu erzwingen zur Herbeiführung des Endkampfes gegen das Kapital. Die Wehrheitssozialisten und die Gewerkschaften wenden sich gegen die Arbeitsüberlegung, die von den Kommunisten mit Waffengewalt erzwingen wird.

Wesfenkirchen, 18. Febr. Durch die städtische Sicherheitswache und die Polizei sind die Spartakisten aus den öffentlichen Gebäuden vertrieben worden. Die Spartakisten wurden größtenteils entworfen und aus dem V- und S-Rat entfernt.

Kürnbere, 18. Febr. Im Generalkommando sind nach der Besetzung durch die Spartakisten alle Schranke und Balle erbrochen und zertrümmert worden. Die Allen wurden vernichtet. Aus der Kasse wurden 63000 Mark Unterhaltungsgeelder gestohlen.

Sayreuth, 19. Febr. Soldaten der Roten Garde haben die Druckerei des „Bayreuther Tagblatts“ besetzt und den verantwortlichen Redakteur gezwungen, eine gegen Eisner gerichtete Äußerung zurückzunehmen. Den Oberbürgermeister Dr. v. Caspelmann suchten die Spartakisten vergebens zum Rücktritt zu zwingen.

Angriff Arbeitsloser gegen die Landesversammlung.

Braunschweig, 19. Febr. Während der heutigen Beratungen der Landesversammlung über die Arbeitslosenfrage versammelte sich vor dem Landtagsgebäude eine nach Tausenden zählende Menschenmenge von Arbeitslosen. Ein Teil von ihnen stürmte das Haus und erbrach die Türe zum Sitzungssaal. Die Abgeordneten wurden umringt. Die Eindringlinge mißhandelten den Abg. Müller-Schöll. Schließlich wurden die Tische und Stühle im Saal zusammengeschlagen und die Türen eingestossen.

Die Bezahlung der Lebensmittellieferung.

Berlin, 19. Febr. Nach einer Meldung der „B. 3. a. M.“ erklärten in den letzten Verhandlungen in Spaan und Trier über die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln die Vertreter Amerikas und der Entente, daß eine Kreditgewährung an Deutschland ausgeschlossen sei, denn Deutschland sei in der Lage, zu zahlen. Unterstaatssekretär Bauer gab darauf eine Aufstellung über Deutschlands finanzielle Lage. Käme die Lebensmittellieferung wegen Kreditverweigerung nicht zustande, so müßten wir unsere Schiffe behalten, damit wir uns aus anderen Ländern versorgen könnten. Es wurden neue Abmachungen über weitere Lebensmittellieferungen von 235 000 Tonnen zum Preis von ungefähr 11 1/2 Millionen Pfund Sterling (nach dem heutigen Kurs fast 400 Mill. M.) getroffen. Die Finanzierung dieser Summe beschäftigt derzeit die betreffenden Stellen. Die Zahlungsmittel sollen durch Kupfarmachung der noch im Zustand befindlichen ausländischen Werte und durch gesteigerte Ausfuhr von Rohstoffen und Waren beschafft werden.

Einigung in Braunschweig.

Braunschweig, 19. Febr. Die seit einiger Zeit schwebenden Einigungsverhandlungen zwischen beiden sozialdemokratischen Fraktionen haben zu einer Einigung geführt.

Gotha, 19. Febr. Wegen der Besetzung durch die Regierungstruppen ist heute mittag 12 Uhr der Generalstreik ausgedrochen. Alle Betriebe stehen still. Die Zeitungen sind schon gestern nicht mehr erschienen.

... in Efen.

Udan, 19. Febr. Gestern wurde ein feindlicher Angriff der Schruuden ohne eigene Verluste abgeblieben. Der Feind griff Goldminen mit starken Kräften an, wurde aber abgewiesen.

Königsberg, 19. Febr. Olita ist am 16. Februar von deutschen Truppen wieder genommen worden.

Bromberg, 19. Febr. Trotz der Einschließung der Feindbesatzungen unserer Feinde haben die Polen im Laufe des gestrigen Tages an verschiedenen Stellen in hinterhältigster Weise unsere Linien mit Infanterie- und Artilleriebesatzung besetzt. Auch die Stadt Kotel wurde von gemischter Artillerie besetzt.

Rote Rosen.

Roman von O. Courths-Mahler.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Minister war ebenfalls sehr ernst gekümmert, aber er war zu sehr Weltmann, um sich geben zu lassen. Er plauderte scheinbar ganz heiter mit seinen Gästen und sorgte für einen ungezwungenen Ton.

Gräfin Gerlinde machte er ein feines Kompliment. Sie sah trotz ihrer Blässe außerordentlich schön aus. Ein mates Schöln spielte um ihre Lippen, und sie zwang sich zu einem Scherzwort. Dann wurde sie von der Baronin Rittberg in Anspruch genommen, die sehr häßlich und statisch ausfiel in einer bla Toilette. Darüber war Gräfin Gerlinde sehr froh. Die Baronin war keine zu scharfe Beobachterin und war froh, wenn sie unbehindert plaudern konnte. Rittbergs sorgten überhaupt durch ihre vorgelegte Stimmung für allgütige Auflockerung.

Nachdem Malner die Gäste begrüßt hatte, bogab er sich hinaus, um seine Braut abzuholen und den Gästen zuzuführen. Der Akt der standesamtlichen Trauung und der Abschluß des Ehekontrahes sollte im Hause der Braut stattfinden. Daran sollte sich die feierliche Feier in der neuen Schlosskirche schließen.

Als Graf Malner sich entfernt hatte, um die Braut zu holen, trat Graf Henning unbemerkt in eine Heuserische hinter einen Vorhang, so daß er den Blicken der Anwesenden entzogen war. Das Blut wallte ihm jah zum Herzen, als die Tür sich öffnete und Josta im Brautkleid an Malners Arm erschien. Seine Augen besteten sich brennend und in stummer Qual auf das läche. blasse Gesicht der jungen Braut, die ernst und still an der Seite ihres Verlobten schritt. Er biß die Zähne aufeinander und umkämpfte den Knäuel seines Regens, als müsse er ihn zerbrechen.

Und nicht weit von ihm stand Gräfin Gerlinde, nicht minder bleich als Henning. Sie allein hatte ihn in seinem Verdeck gesehen, hatte in sein querschnittliches Gesicht geblickt. Aber jetzt, als sie Josta im Braut-

kleid neben Malner sah, hatte sie nicht Ruhe genug, Henning weiter zu beobachten. Sie mußte einen Moment die Augen schließen, als wollte sie nicht sehen, was nun geschah.

Dieses Schmelzen herrschte in dem Festsaal während des feierlichen Aktes der gesetzlichen Beschließung.

Weder Graf Henning noch Gräfin Gerlinde waren imstande, der feierlichen Handlung zu folgen. Sie hatten beide alle Kraft nötig, sich nicht zu verraten. Sie schaute einige Male mit brennenden Blicken in Graf Henning verdecktes Gesicht. Und dann flammte es jedesmal glühend auf in ihren Augen, wie in wildem Triumph. War sie sehr auch machtlos — die Zukunft würde ihr Waffen in die Hand geben, um ihr Ziel zu erreichen.

Und dann war es geschehen — vor dem Gesetz war Josta Gräfin Rammberg geworden.

Am Arme ihres Gatten schritt sie durch die Reihen der Gäste.

Die Fahrt nach der Schlosskirche begann gleich darauf. Und eine Stunde später war auch die kirchliche Trauung zu Ende.

Josta hand bleich und still am Arme ihres Gatten und nahm an seiner Seite die Glückwünsche entgegen. Auch Graf Henning mußte nun zu den Neuvermählten treten. Aber er war nicht imstande, ein Wort zu sprechen. Stumm, mit trampfhaftem Druck, umarmte er den Bruder, und dann beugte er sich mit blässen, zuckendem Gesicht über Jostas Hand und drückte sie an seine Lippen.

Das junge Paar war zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um Henning's Wesen zu beobachten, und den andern fiel seine Begrüßung nicht auf.

Nur Gräfin Gerlinde sah, daß er gleich darauf bleich wie ein Sterbender wieder in die Heuserische wankte. Sie hatte freilich ihre Selbstbeherrschung nötig genug. Mit großenstarken Augen sah sie Henning einen Augenblick nach. Und dann richtete sie sich mit einem Ruck empor und trat ebenfalls an das Brautpaar heran. Mit einem trampfhaften Druck zog sie Josta in ihre Arme, und ihre Lippen formten langsam einen Glückwunsch. Aber in ihrem Herzen brannte ein anderer Wunsch, und weil sie fürchtete, ihre Augen könnten sie verraten, sah sie an Josta vorbei.

als sie dann Malner die Hand reichte, und wieder die Hand an die Lippen führte, gewann sie es über sich, einige Worte zu reden.

„Lieber Vetter, du weißt, welche Wünsche für dich mein Herz bewegen. Ich werde beten, daß sie in Erfüllung gehen.“ Sagte sie mit seltsam dunkler Stimme. Und noch einmal schloß sie dann Josta heilig in ihre Arme.

„Auch für dich, Josta,“ rief sie hervor.

Dabei hatte sie fast mit dem Schleier den Kranz der Braut herabgerissen, und sie tat Josta so weh, daß diese instinktiv wie schutzsuchend nach Malners Hand griff.

Die Baronin Rittberg stand dicht neben der Braut und bemerkte das. Sorglich und liebevoll, wie eine Mutter, rückte sie der Braut den Kranz wieder zurecht und sagte einige Scherzworte. Aber später sagte sie zu ihrem Gatten:

„Weißt du, Detti, die Gräfin Gerlinde hat ein Gesicht zum Fürchten gemacht, als sie die junge Frau in ihre Arme schloß.“

Und zum ersten Mal war ihr ein Zweifel gekommen, ob ihr Gatte mit seiner Aberglaube gegen die Gräfin nicht doch recht haben könnte.

Der Baron bräunte nur etwas in den Wangen, und seine Gattin fuhr nachdenklich fort:

„Am Ende ist sie doch böse auf die junge Gräfin Josta, weil diese nun ihren Platz in Rammberg einnehmen wird.“

Die Hochzeitsfeier nahm den üblichen Verlauf. Es fand eine große Tafel statt. Die Gäste hatten sich etwas beruhigt, und es herrschte eine sehr heitere, anhängere Stimmung.

Gräfin Gerlinde hatte sich wieder in der Gewalt. Sie präbte förmlich vor Geist und guter Laune, und niemand merkte ihr an, daß ihr Wesen unnatürlich und ihre Heiterkeit forciert war.

Auch Graf Henning hatte sich mühsam in eine scheinbar lustige Stimmung hineingefügt. Er hatte schnell einige Glas Wein getrunken und vernied es, Josta anzusehen.

Fortsetzung folgt.



Sahnfreigabe für den allgemeinen Verkehr.

Freiburg, 19. Febr. Die Nebenbahn Offenburg-Alteneheim-Dittlenheim-Lahr darf seit dieser Woche wieder von allen Reisenden durchgehend benutzt werden. Als Ausweis ist ein gültiger deutscher Reisepass mit dem Bildnis des Inhabers notwendig.

Widerstand der Bauern.

Mannheim, 19. Febr. Wie dem „V. Volksw." gemeldet wird, widerlegten sich die Bauern in Elsenz einer Kommission zur Aufnahme der Getreidebestände. Die zu Hilfe kommenden Weindarmen wurden entwaflnet. Die Kommission konnte die Aufnahme nicht durchführen.

Als Ursache der Bauernunruhen wird angegeben, daß die Landwirte schon vor längerer Zeit Erbsen, Bohnen und Hafer an das Militär abgeliefert haben, ohne bisher dafür bezahlt worden zu sein.

Landesnachrichten.

Alteneheim, 20. Februar 1919.

* **Bekannt** wurde die Wahl des Oberlehrers Dr. Brömann an dem Realprogymnasium und der Realschule in Calw auf eine Professorstelle an der Mädchenschule in Tübingen.

Pädagogische Arbeitsgemeinschaft. Der Bezirkslehrerverein hat am Samstag, den 8. Febr. nach einem Vortrag von Prof. Bauer über die Grundprobleme der Schulreform die Gründung einer Pädagogischen Arbeitsgemeinschaft beschlossen, die den Zweck haben soll, die Fragen der Volksbildung und Volkserziehung in wissenschaftlicher Arbeit zu behandeln. Die Mitarbeit von Lehrern und Lehrerinnen aller Stellungen, sowie auch von Männern und Frauen, die nicht dem Lehrberuf angehören, ist willkommen. Die nächste Zusammenkunft findet am Samstag, den 1. März, nachm. 4 Uhr in der Rose in Nagold statt. Vorgelesen ist ein Vortrag von Seminarlehrer Heng über das Thema: „Der deutsche Mensch als Bildungsideal der neuen Schule“. Um Anmeldungen bittet Professor Bauer.

— **Unsere Soldaten in Rumänien.** Mit den in Rumänien befindlichen deutschen Truppen ist ein unmittelbarer Postverkehr vorläufig leider noch nicht zu erreichen, dagegen können Postkarten in offenem Briefumschlag dem amerikanischen Oberleutnant Warbourg-Breslau, Nordhotel, zur Weiterleitung nach Rumänien gesandt werden.

— **Für 5 Milliarden Lebensmittel.** Nach einer Mitteilung des Minister Erzberger wird Deutschland in diesem Jahr für 5 Milliarden Mark Lebensmittel einzuheben müssen.

— **Frühlingsboten.** Aus verschiedenen Orten wird uns die Nachricht der ersten Staren gemeldet.

— **Abbau des Kriegsheeres.** Die Reichsregierung hat eine Entscheidung zur Regelung der Kommandogewalt und Stellung der Soldatenräte im Friedensheer, über Bekleidung und Anzug und über den militärischen Gruß im Friedensheer getroffen. Die Bestimmungen sind bis zum 15. März d. J. durchzuführen. Der Abbau hat so zu erfolgen, daß sämtliche Soldatenräte auf die festgesetzte Zahl gebracht werden. Bis zum 15. März 1919 können die Zulagen noch an die gewählten Soldatenräte der Kompagnien und Bataillone bezahlt werden, die dann in Vertrauensleute (ehrenamtlich) umzuwandeln sind.

— **Lieferungsverträge.** Das Reichsgericht hat in mehreren Fällen entschieden, daß Lieferungsverträge, die wegen des Kriegs un erfüllt geblieben sind und deren Erfüllung auch nach Friedensschluß nur mit großen Opfern zu ermöglichen wäre, als erledigt zu betrachten sind, auch wenn der Lieferungsvertrag die Bestimmung enthält, daß die Ausführung nach Kriegsende zu erfolgen habe. Das Reichsgericht trägt damit der unvorhergesehenen langen Kriegsdauer und den durch die Umwälzung herbeigeführten Erschwerungen des Geschäftsverkehrs Rechnung.

— **Bewirtschaftung der Treibriemen.** Von zutreffender Stelle wird darauf aufmerksam gemacht, daß in den Kriegsverordnungen von 1918 über Verwendung von Treibriemen usw. keine Änderung eingetreten und bei dem andauernden Mangel vorerst auch nicht zu erwarten ist.

— **Saluta.** Der Kurs der Reichsmark ist in der Schweiz auf 53,8 Rappen, also unter Silberwert.

(*) **Stuttgart, 18. Febr.** (Aus dem Finanzamt.) Der Finanzamt des Landesversammlung besetzte sich mit folgendem Antrag Vogt-Gochsen u. Gen.: Die Staatsregierung zu ersuchen, sofort Schritte einzuleiten, um über die bei der Bewirtschaftung unserer landw. Erzeugnisse im Wirtschaftsjahr 1919 Klarheit zu schaffen. Das haben schon Bestimmungen getroffen werden, nach denen 1) alle Landwirte, welche ihre Lieferungspläne erfüllt haben, von jeglicher Haus- und Nachzahlung befreit sind; 2) alle beschuldigten Eingriffe in den Wirtschaftsbetrieb und bei der Verwaltung der freien Erzeugnisse unterbleiben. Ausgenommen hiervon sind Brotgetreide, Kartoffeln, Fleisch und Fett. — Von der Sozialdemokratie wurde folgender Ergänzungsantrag gestellt: Die Landwirte, welche ihre Lieferungspläne erfüllt haben, sollen von Haus- und Nachzahlungen befreit werden, wenn nicht der Stand der Volksernährung dazu zwingt, die vornehmsten Restvorräte zu erfassen. Beschuldigte Eingriffe in den Wirtschaftsbetrieb sind auf das notwendigste Maß zu beschränken. — Die demokratische Partei stellte folgenden Ergänzungsantrag: Falls der Stand der Volksernährung die Erfassung etwa vorhandener Restvorräte notwendig macht, ist vor allem die freiwillige Aufbringung des Feilbetrags anzustreben. — Ernährungsminister Baumann erklärte, die Zwangs- und Normmaßnahmen müssen aufrecht erhalten werden. Man habe allerdings zu überlegen, ob sie nicht teilweise erleichtert werden könnten. Die Regelung sei davon abhängig, ob und in welchem Umfang Lebensmittel

wegen Mangel eingekauft werden. Er sei bereit, auf eine befristete Regelung der Preise für das neue Wirtschaftsjahr bei der Reichsregierung hinzuwirken. Die Abstimmung erfolgt morgen.

(*) **Stuttgart, 18. Febr.** (Aus dem Erziehungsausschuß.) Der Bericht des Ausschusses trat heute in die Beratung des § 10 Absatz 3 ein, der die hochbedeutsame Frage der Sozialisierung behandelt. Eine Reihe von Anträgen wurde zu diesem Absatz gestellt. Graf u. Gen. (3.) beantragten den Absatz 3 wie folgt zu fassen: „Ob und in welchem Umfang und unter welchen Voraussetzungen das Eigentum in Wirtschaftsbetrieben, die sich mit der Förderung und Verwertung von Boden- und Naturerzeugnissen befassen oder die noch ihrer Art monopolistischen Charakter angenommen haben, im Einzelfall im Interesse der Allgemeinheit beschränkt oder entzogen werden soll, wird durch Gesetz bestimmt.“ Red. C. J. Wein und P. Land (D.D.P.) beantragten, Absatz 3 wie folgt zu fassen: „Die Verstaatlichung von Wirtschaftsbetrieben, die nach ihrem Wesen und nach dem Stande ihrer Verwertung hierfür geeignet sind, ist Sache des Staats. Ob und unter welchen Voraussetzungen Privateigentum zum Zwecke der Bewirtschaftung für die Allgemeinheit beschränkt oder entzogen werden kann, wird durch Gesetz bestimmt.“ Crispian (U.S.P.) beantragt: „Der Staat Württemberg ergreift Besitz von den Produktionsmitteln. Das Verfahren dieser Besitzergreifung wird durch ein besonderes Gesetz geregelt.“ Bazille u. Gen. (B.P.) beantragten folgende Fassung: „Ob und unter welchen Voraussetzungen Privateigentum zum Zwecke der Bewirtschaftung im Interesse der Allgemeinheit beschränkt oder entzogen werden kann, wird durch Gesetz bestimmt. Hierzu erläßende Gesetz bedürfen der für das Verfassungsgesetz vorgeschriebenen Mehrheit.“ Ein Redner der Bürgerpartei verlangte, daß die private Initiative aufrecht erhalten werden müsse; mit dem von der Reichsregierung aufgestellten Sozialisierungsprogramm sei auch keine Partei einverstanden. Diese Sozialisierung sei aber nur eine Fortsetzung der sozialen Reformen. Ein sozialdemokratischer Redner betonte, daß man mit der Entwicklung gehen müsse und nicht bremsen dürfe; der Sozialismus sei eine Entwicklungsfrage. Ein Redner der Deutschen dem. Partei erklärte, daß seine Partei grundsätzlich auf dem Boden der Sozialisierung stehe; die Forderung der Sozialisierung müsse in unangenehmster Form in die Verfassung aufgenommen werden. Ein Redner des Zentrums betonte, daß er und seine Freunde grundsätzlich auf dem Boden des Privateigentums bei Unterordnung unter die Allgemeinheit stehen. Der Antrag des Zentrums trägt den Entwicklungsmöglichkeiten in genügender Weise Rechnung. Die Sozialisierung, wie sie vorgeschrieben sei, bringe aber nicht die geringste Besserung der Lage der Arbeiter. F. J. K. (S.) beantragte in Absatz 3 des Entwurfs nach „Entwicklung“ einzufügen: „insbesondere die Überführung der Bodenschätze und Naturkräfte in die Gemeinwirtschaft.“ Bazille u. Gen. (B.P.) beantragten in Absatz 3 die Beseitigung folgenden Satzes: „Der kaufmännische und gewerbliche Mittelstand ist lebensfähig zu erhalten und gegen Anwartschaft und Bewahrung zu schützen.“ Von Crispian (U.S.P.) wurde hervorgehoben: Jetzt sei die Befestigung des Kapitalismus zu fordern und bei der Rohstoffproduktion müsse die Verstaatlichung zuerst beginnen. — Die Beratung wurde hierauf abgebrochen. Mittwoch vormittags 10 Uhr Fortsetzung.

(*) **Stuttgart, 19. Febr.** Ein Redner der Sozialdemokratie sagte, man wolle die Sozialisierung verwirklichen. Die Landesversammlung könnte, wenn es so fort gehe, eines schönen Tages eines nicht natürlichen Todes sterben. Er würde das auch gar nicht bedauern. Hierauf erklärte ein Redner des Zentrums: Wenn die Sozialdemokratie so weitgehende Hoffnungen in ihren Wählerkreisen geweckt habe, so sei das ihre Sache, sich damit abzugeben. Es sei nicht demokratisch, wenn immer wieder gesagt werde, man müsse sich nach der Sozialdemokratie richten. Scheitern der Regierung würden immer einseitig nur die Grundzüge der Sozialdemokratie hervorgehoben. Ein Redner der U.S.P. erklärte: Die Arbeiterklasse werde sich nicht mit einem Einseitigkeit begnügen. Dann müßte eben der Kampf in ein zweites Stadium eintreten. Die Revolution sei noch nicht zu Ende.

(*) **Stuttgart, 19. Febr.** Der württ. Militärbevollmächtigte. Der bisherige württ. Militärbevollmächtigte in Berlin Oberst Holland ist unter Verletzung zu den Offizieren von der Armee von dieser Stelle entzogen und zum Nachfolger Generalmajor Kemmer, zurzeit Kommandeur der 51. Inf.-Brigade, ernannt worden.

(*) **Heilbronn, 19. Febr.** (Anschluß Wimpfen an Württemberg.) In der heilbronnischen Stadt Wimpfen am Neckar fand am Samstag eine Versammlung statt, die sich für den Anschluß an Württemberg aussprach. Mit der heilbronnischen und württembergischen Regierung sollen Verhandlungen eingeleitet werden.

Bermittliches.

Drei Tausende in der Woche. Im hiesigen Reichsgericht ist der Antrag eingbracht worden, daß die Regierung in Bayern die Tausendzahl „nur“ für drei Tage der Woche genehmige.

Der elzgründliche Reisfortschritt. Aus Berlin wird gemeldet: Seit 16. in Friedenszeit täglich in Berlin einströmenden und abgehenden Fernzüge gibt es deren nur noch 90. Vom Inhaber des Bahnhof aus verläßt im ganzen 24 Züge den Bahnhof mit Eisenbahnfahrplan und Ostereisen. Dort laufen auch die einzigen D-Züge nach ein und aus. Die Änderung des Bahnverkehrs verzögert an Bahnhöfen große Arbeit, denn meist schon zwei Stunden vor dem fahrplanmäßigen Abgang werden die Fernzüge gefüllt.

Die Hochflut der Verhandlungen. über die früher mit Recht geklagt wurde, jetzt auch jetzt noch keine Neigung zum Einlenken. Dabei sind die Schwierigkeiten des Vollzugs größer als früher. Auch über die Pünktlichkeit der Verhandlungen hört man häufig Klagen.

Schweres Eisenbahnunglück. Am 15. Februar hier auf dem Bahnhof von Karlsruhe ein Zug auf eine Anzahl leerer Wagen, die gegen 7 von italienischen Soldaten besetzte Wagen geschleudert wurden. Infolge des Stoßes kamen die 7 Wagen ins Rollen. Mit rasender Schnelligkeit kamen sie auf dem kürzesten Bahnhof an und stießen hier mit einem Krach zusammen. Sämtliche Wagen wurden vollständig zertrümmert. Bis jetzt sind 180 Tote und Verwundete gezählt.

Der französische Deutschenhof in China. Nachdem die Franzosen den Kettehrungen in Peking, der zur Erinnerung an den ermordeten deutschen Botschafter Kettler getauft worden war, dem Erdbeben gleich gemacht haben, sind, wie erst jetzt bekannt wird, Anfang Dezember nachts um 1 Uhr 40 bis 50 französische Matrosen, Soldaten und Polizisten zum 3119. Denmal in Shanghai gezogen und haben es zerstört. Der Nachbericht des Dr. J. M. wohnt ein chinesischer Polizist bei, der die Wache alarmieren wollte, daran aber bis zur Beendigung der Zerschlagung gehindert wurde. Auf Wunsch der Franzosen haben noch etwa 20 französische Reiter bei der Tat geholfen. Das Bronzedenkmal, das von jener Steinbahn abgedreht worden ist, wurde später auf Befehl der chinesischen Gemeindeführer nach einem fikt. Lagerhaus gebracht.

Druck und Verlag der W. Meier'schen Buchdruckerei Alteneheim.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Saul.

Handel und Verkehr.

* **Alteneheim, 19. Febr.** Auf den hiesigen Schweinemarkt waren zugeführt 76 St. Läufer und 82 St. Milchschweine. Es kosteten Läuferfleisch 155—275 M. pro Stück und Milchschweine 105—185 M. pro Stück.

Legte Nachrichten.

Fortgesetzter Bruch des Waffenstillstandes durch die Polen.

WTB. Berlin, 20. Febr. Nach dienstlicher Meldung der militärischen Kommandostellen hat eine polnische Abteilung von etwa Kompaniestärke am 18. ds. Mts. trotz des Waffenstillstandes, der bereits am 17. Februar in Kraft trat, eine bei Kettwitz auf schlesischem Gebiet stehende Postierung angegriffen. Die Polen wurden zurückgeworfen. Auch an der ganzen Rehefront wurde der Waffenstillstand durch die Polen vorgestern und auch gestern noch gebrochen. Unsere Posten am Südausgang von Ratel und bei Deutsch-Kruschin, westlich Netzwalde, erhielten Maschinengewehrfeuer. Die Begründ der Rateler Zuckerfabrik wurde mit Artilleriefeuer durch die Polen belegt.

Vorgänge in München.

WTB. München, 20. Febr. Vor dem Landtagsgebäude wo zur Zeit der Rätekongress tagt, erschien gestern nachmittags eine ungefähr 60 Mann starke Matrosenabteilung mit der Absicht, das Landtagsgebäude zu besetzen. Später gesellten sich dazu noch Pioniere. Einige Matrosen drangen doch in den Eingang des Landtagsgebäudes ein und warfen Handgranaten, die von der im Gebäude befindlichen Wache mit Gewehrfeuer beantwortet wurden. Dabei wurden zwei Personen verletzt. Im Rätekongress, der trotz der Zwischenfälle weiterarbeitete, wurde mitgeteilt, daß der Bahnhof, das Telegraphenamt, das Polizeipräsidium, sowie die Stadtkommandantur von aus Wilhelmshafen gekommenen Matrosen besetzt worden seien. Der Stadtkommandant, der Polizeipräsident, sowie der Sekretär des Ministerpräsidenten seien verhaftet worden. Die Gebäude wurden bald wieder von republikanischen Truppen und von einer Abteilung des Leibgrenadierregiments befreit und die Verhafteten in Freiheit gesetzt.

WTB. Paris, 20. Febr. (Gavas.) Die ärztliche Untersuchung ergab, daß Clemenceau ins rechte Schulterblatt getroffen worden ist; innere Organe sind nicht verletzt.

WTB. Berlin, 20. Feb. Aus Haag wird dem „Berliner Volksanzeiger“ berichtet: Nach einem Exchange-Telegramm aus Krakau bombardieren die Ukrainer täglich Lemberg. Gegen 1000 Personen sind verwundet. Eine Anzahl Zivilisten ist zerschossen worden. Mehrere tausend Menschen sind obdachlos.

WTB. Berlin, 20. Feb. Nach einer Meldung des „Berliner Volksanzeigers“ aus Darmen haben dort die Spartakisten nachts die Bahnhöfe und die öffentlichen Gebäude besetzt und die Polizei entwaflnet. Viele Betriebe wurden zwingensweise stillgelegt, ebenso in Elberfeld. Sämtliche Beamten wollen streiken.

Berlin, 20. Feb. Der durch die Revolution hervorgerufene Zusammenbruch unseres Heeres rächt sich, wie die Ereignisse im Osten und namentlich auch im westdeutschen Industriegebiet beweisen, von Tag zu Tag bitterer. Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ die dies feststellt hat, erklärt, daß das Reichswehrministerium bereits einen Gesetzentwurf wegen Bildung eines sicheres Heeres ausarbeite. Die Mehrheitsparteien hätten sich dahin verständigt, diesen vorläufigen Gesetzentwurf, der noch der Zustimmung einiger Einzelstaaten bedürfe, als Initiativantrag einzubringen. Es bestrebe die Absicht, eine Verständigung mit den rechtsstehenden Parteien herbeizuführen. Der Gesetzentwurf sieht eine Stärke von 150 bis 175 000 Mann vor, nicht eingerechnet die Offiziere, Unteroffiziere und Militärbeamten. Man beabsichtigt, in jeder Provinz eine Brigade zu bilden. Von einem Einstellungszwang solle zunächst abgesehen werden. Man glaube durch eifrige Werbung die nötigen Mannschaften zu bekommen. In den neu zu bildenden Formationen sollen die Vorgesetzten ernannt werden. Bisher schon erworbene Rechte bleiben bestehen, doch solle dem Kriegsminister bei neu vorzunehmenden Wahlen die endgültige Entscheidung vorbehalten bleiben.

WTB. Berlin, 20. Feb. Die neuen Steuerentwürfe, vor allem die Kriegsteuer, Vermögenssteuer, Zuwachssteuer, werden in ungefähr 14 Tagen dem Staatsauschuß zur Beratung zugehen.

WTB. Berlin, 20. Febr. Wie nach der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ in Paris an unterrichteter Stelle verlautet, wird der endgültige Text des Präliminarfriedens Deutschland Mitte März vom Verband mitgeteilt werden. Für die Verantwortung werde der deutschen Regierung eine Frist von einer Woche gelassen werden.

WTB. Detmold, 20. Febr. Gestern Abend gegen 7 Uhr ist hier im Neckenschloß die frühere Fürstin zu Lippe, Berta, infolge Drogen- und Herzleidens, gestorben.

WTB. Berlin, 20. Febr. Zum Attentat auf Clemenceau führt der Vorwärts aus, die Politik, die Clemenceau vertreten, sei die schlimmste Gefahr für die friedliche Zukunft Europas und das sollte von den französischen Sozialisten erkannt werden. Das gegen den greisen Staatsmann verübte Attentat, gleichviel von welcher Seite es begangen wurde, sei aber kein Mittel, den Wunsch der Erfüllung näher zu bringen, die von Clemenceau vertretene Politik bis auf die Wurzel auszurotten. Man müsse vielmehr befürchten, daß dadurch die nationalistiche Stimmung in Frankreich noch mehr erhitze werde. Das französische Volk könne bei dem Stand seiner Verfassung durch den Druck der öffentlichen Meinung einer Umwälzung in der Politik bewirkt. Leider habe es dazu bisher keine Neigung gezeigt und des Attentats sei nicht geeignet, solche Neigungen hervorzurufen oder zu stärken.

Wald-Verkauf.

Friedrich Klink, Bauerswitwe, verkauft am 24. Februar ds. Js., nachm. 2 Uhr im Gasthaus z. Hirsch in Neuweiler folgende abgeholzte Nadelwäldungen:

Markung Agenbach:

im Hirschteich.

Parz. Nr. 270	64 a 10 qm
" " 271	31 " 55 "
" " 272	32 " 21 "

Markung Schmied:

im unteren Matenacker

Parz. Nr. 262	1 ha 32 a 03 qm
---------------	-----------------

Markung Würzbach:

auf der Dachsbergebene

Parz. Nr. 422	1 ha 66 a 49 qm
---------------	-----------------

Den 18. Februar 1919.

Grömbach.

Lang-u. Brennholz-Verkauf.



Am Samstag, den 22. Febr. ds. Js., nachm. 2 Uhr werden auf dem Rathaus hier

- ca. 200 Festm. Langholz II. bis VI. Klasse
- 7 Stück Buchen mit 1,43 Festm.
- 137 Stück Banstangen I. bis III. Klasse
- 91 Stück Hagstangen I. und II. Klasse
- 50 Stück Hopfenstangen I. Klasse
- 23 Raummeter Brennholz

aus Gemeindefeld Pfarrwald, vorderer Drehwald, Gerechtigkeit öffentlich im Aufstreich verkauft. Liebhaber sind eingeladen.

Gemeinderat.

Altensteig.

Sehe mein in der Rosenstraße gelegenes



Anwesen

dem Verkauf aus und kann jeden Tag ein Kauf mit mir abgeschlossen werden.

Philipp Buob.

Altensteig.

Feinste Marmelade
markenfrei. — Pfund Mark 1.—
in Original-Kisten à netto 50 Pfd. 95 Pfg.
frisch eingetroffen bei

Chr. Burghard jr.

Bruchleidende!

finden sichere Hilfe, auch in veralteten Fällen, durch mein seit 1894 erprobtes, Tag und Nacht tragbares federloses Bruchband „Gyratequiem.“ Zahlreiche Zeugnisse. Leibbinden, Gerabehälter, Gummistümpfe. Bestellungen nach Muster werden angenommen in Nagold, Dienstag, 25. Febr. 5-6 Uhr und Mittwoch 26. Febr. 9-3 Uhr im Hotel z. Röhle. Forst, Dienstag 25. Febr. 9-3 Hotel z. Bären.

Bruchb.-Spez. Witwe L. Bogisch, Stuttgart, Schwabstr. 26 A 60gr. 1894.

Lang- und Sägholz-Verkauf.

Am nächsten

Montag, den 23. Februar 1919 nachm. 3 Uhr

kommt im Submissionsweg zum Verkauf:

1.) Aus Gemeindefeld Stuhlberg:

	I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	IV. Kl.
Los I Nr. 127-180 Langholz:	—	—	19 St. 17,82 Fm.	32 St. 16,37 Fm.
Sägholz:	—	2 St. 1,16 Fm.	1 „ 0,41 „	—
Los II Nr. 181-240 Langholz:	1 St. 2,49 Fm.	7 St. 11,54 Fm.	27 St. 23,19 Fm.	24 St. 12,01 Fm.
Sägholz:	—	1 „ 0,97 „	—	—
Los III Nr. 241-270 Langholz:	—	5 St. 7,68 Fm.	13 St. 11,55 Fm.	11 St. 4,87 Fm.
Sägholz:	—	—	1 „ 0,34 „	—

2.) Aus Gemeindefeld Rillberg:

	I. Kl.	II. Kl.	III. Kl.	IV. Kl.
Nr. 303-445 Langholz:	—	—	13 St. 10,78 Fm.	20 St. 12,96 Fm.
Sägholz:	—	4 St. 1,99 Fm.	6 „ 2,37 „	—

Liebhaber sind eingeladen.

Den 19. Februar 1919.

Schultheißenamt.

Egenhausen.

Dankfagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, anlässlich des schweren Verlustes meines geliebten Gatten, unseres guten Vaters, Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels

Sergeant Karl Walz

für die überaus zahlreiche Beteiligung an der Trauerfeier von hier und auswärts, insbesondere auch seitens des hiesigen Kriegervereins, sowie für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Zeller und dem lb. Kameraden für den ehrenden Nachruf sage ich innigsten Dank. Allen denen, die dem lb. Entschlafenen während der langen Kriegszeit Liebe erwiesen haben, sei hier besonders herzlich gedankt.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

die trauernde Gattin:

Katharine Walz, geb. Heintzel
mit ihren zwei Kindern.

Altensteig.

Prima
Leder-, Wagen-u. Konsistentfett
Del und Riemenwachs
Lederriemen, Schmiercreme

verkauft

Chr. Zeeger, b. Schatten.

Ein Hühnerhaus

zu kaufen gesucht. Der Dblge.

Marmelade

markenfrei

empfiehlt

Karl Henzler sen.
Eisenwarenhandlung.

Verpachte

meine an der Bahnhofstraße gelegene

Scheune.

Hch. Müller
Flaschnermstr.

Junges Ehepaar
sucht

2-3 zimmige

Wohnung

auf 1. April.

Angebote an die Exp. d. Bl.

Lüchtiger, zuverlässiger

Fuhrknecht

findet sofort gutbezahlte Stelle bei

Wilhelm Schill,
Baugeschäft, Wildbad.

Eine größere Sendung

Leiterwagen

verschiedene Größen

empfiehlt billigst

J. Wurster.

Wegen Platzmangel hat 2

Betten

fast noch neu, sowie einen

Kleiderschrank

zu verkaufen

Frau Albertine Barth
z. Rinde Ebhausen.

